

Weltwirtschaft

Welthandelsorganisation

Vom GATT zur Globalisierung

In zähem Ringen sind die Anwälte des Freihandels bestrebt, das aus Lehrbüchern bekannte Modell der geschlossenen Volkswirtschaft auf die Weltwirtschaft zu übertragen: *eine* Wirtschaft mit einheitlichem Handlungsrahmen und einheitlichen Regeln. Es ist sicherlich kein Zufall, daß die Vereinigten Staaten von Amerika immer wieder als Vorbild für die visionär geschauten Vereinigten Staaten der Erde herhalten. »Ohne die USA läuft nichts«, hört man hinter vorgehaltener Hand.

Mag sein. Zugleich ist aber deutlich, daß nicht alles *für* die USA läuft. Betrachtet man ihre Exportbeziehungen zur EU und zu Japan, so erkennt man buchstäblich schmerzliche Defizite aus amerikanischer Sicht: Exporten nach Japan in Höhe von 67,5 Mrd. \$ standen 1996 Importe aus Japan in Höhe von 193,7 Mrd. \$ gegenüber; in die EU flossen 127,5 Mrd. \$, in der Gegenrichtung 144,9 Mrd. \$. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, daß die Weichenstellungen der Amerikaner die eigenen Interessen nicht selbstlos übergehen.

Ernster zu nehmen (der Sache, nicht den politischen Gewichten nach) als der Streit, wer wieviel Einfluß auf Vorhaben und

Beschlüsse ausübt, ist eine Auseinandersetzung zwischen der WTO und einer großen Gruppe von Nichtregierungsorganisationen (NGO) über den Schutz von Lebenserscheinungen, die nicht den Gesetzen der Märkte, das heißt nicht ausschließlich materiellen Interessen unterworfen werden sollen. Gemeint sind wohlverstandene globale Interessen wie Umweltschutz, Erhaltung der Artenvielfalt, Schutz vor Genmanipulationen sowie national oder regional ausgerichtete Interessen an der Erhaltung von Kunst, Kultur und Traditionen.

Weltfinanzsystem

Kritik am Krisenmanagement

Das Weltfinanzsystem funktioniert in Krisen wie ein Rückversicherer mit Kontrahierungszwang, der seine Prämien aus öffentlichen Kassen bezieht. Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank spannen ein Netz unter private Transaktionen, auf die sie im einzelnen keinen Einfluß haben, mit der Folge, daß bei krisenhafter Entwicklung Verluste sozialisiert werden. In das selbe Netz fallen Regierungen, ob sie ihrer Informationspflicht dem IWF gegenüber genügen oder nicht.

Das Interesse der internationalen Staatengemeinschaft an funktionierenden Weltmärkten, insbesondere am Funktionieren der weltweit verbundenen Finanzmärkte, darf nicht dazu führen,

daß Auflagen erst im Krisenfall erteilt werden. Die Regierungen der Mitgliedstaaten müssen gezwungen werden, am Berichtssystem teilzunehmen. Und die Banken müssen in höherem Maß als bisher finanzielle Mitverantwortung für ihre Geschäfte tragen, gerade auch im Krisenfall – der Risikoausgleich ist nun einmal eine wesentliche Grundlage ihres Geschäfts.

Solche und ähnliche Forderungen werden seit längerer Zeit erhoben und immer lauter. Ergebnisse lassen auf sich warten. Indessen wächst in Rußland ein Krisenherd heran, der ernstzunehmende Dimensionen anzunehmen droht – und als solcher bekannt ist: Informationen allein lösen die Probleme also nicht. Die Kanäle, durch welche die öffentlichen Gelder (in beide Richtungen) fließen, scheinen ähnlich marode zu sein wie die Pipelines in der Taiga.

Die G8-Staaten (mit Rußland) und der Direktor des IWF fordern deshalb eine neue globale Architektur für das Finanzsystem. Neu ist die Forderung, neben finanziellen auch strukturelle Merkmale von Volkswirtschaften zu beobachten. Gemeint sind damit insbesondere die Korruption und die nepotistischen Netzwerke (»crony capitalism«), die ihrer Natur nach bestrebt sind, den Schleier der Selbstliebe vor ihre Gesichter ziehen.

Electronic Commerce **Duty free forever?**

In der Science Fiction gibt es den Topos von den parallelen Universen. Das Internet ist dabei, sich zu einem virtuellen Universum

parallel zum physischen zu entwickeln. Realität und Virtualität koexistieren: Im Internet gibt's (oder wird es geben): die Welt noch mal – und mehr.

Wo die beiden Welten einander berühren, sprühen Funken, wie die ausdauernd geführte Diskussion über Steuern auf Geschäfte zeigt, die im Internet abgewickelt werden. Einerseits kann es nicht hingenommen werden, daß materiell identische Geschäfte, je nach Vertriebsweg, mal besteuert werden und mal nicht, andererseits gibt es schon Probleme mit der Feststellung, wer oder was in den »räumlichen Geltungsbereich« eines bestimmten (nationalen) Steuergesetzes fällt.

Es geht nicht um die virtuelle Grenzüberschreitung im Sinne einer Zollpflicht: Zölle sind ohnehin praktisch bedeutungslos und werden über kurz oder lang ganz verschwinden. Es geht tatsächlich um die gute alte Steuer, die heimatlos zu werden droht.

Die Dematerialisierung des Geldes (vom Gold zum Buchgeld) hat schon vor Erfindung des Internet allmählich dazu geführt, daß eine Besteuerung des Kapitalverkehrs praktisch nicht mehr stattfindet. Das Buchgeld als solches unterliegt immerhin der Rechtsordnung eines Staates oder einer Währungsunion, ist also kontrollierbar. Das sogenannte *cyber money* aber (virtuelle Geld-derivate) unterliegt nicht einmal mehr einer solchen Rechtsordnung.

In diesem Jahr schätzt man die Anzahl der Internet-Teilnehmer auf etwa 100 Mio., die Umsätze im elektronischen Handel auf umgerechnet 14 Mrd. DM. In Wachstumsprognosen

werden Prozentzahlen vermieden: In vier Jahren sollen nämlich 1 Mrd. Nutzer für 600 Mrd. DM Umsatz sorgen. So mancher Finanzminister hat sich schon für kleinere Beträge etwas einfallen lassen.

Entwicklungshilfe Von Hunden gebissen

Globalisierung statt Polarisierung, Asien-Krise, Konvergenzbestrebungen der EWU-Mitgliedstaaten – es gibt viele Gründe und Erklärungen dafür, daß die Entwicklungshilfeleistungen der reichen Staaten, die in der OECD zusammengeschlossen sind, immer neue Tiefststände erreichen. 1997 waren es nur noch 47,6 Mrd. \$ an staatlichen Mitteln, 7,1 % real weniger als im Vorjahr. Zum Vergleich: Die Zinsleistungen der Empfängerländer für staatliche und private Kredite erreichte im selben Zeitraum 104 Mrd. \$.

Der von den Vereinten Nationen festgelegte Richtwert von 0,7 % des BIP wird nur von wenigen erreicht oder überschritten, darunter den skandinavischen Staaten und den Niederlanden. Im Durchschnitt sind es nur noch 0,22 %. Den geringsten Wert weisen die USA mit 0,08 % auf (die rechnerische Kürzung um ein Drittel gegenüber dem Vorjahrswert beruht allerdings darauf, daß Israel nicht mehr als Entwicklungsland eingestuft wird).

Deutschland leistet mit 0,28 % nach wie vor überdurchschnittlich viel und wird darüber hinaus von der OECD ausdrücklich für die gute Auswahl der geförderten Projekte und die Beachtung

von Zielen wie der Gleichstellung von Mann und Frau und dem Umweltschutz gelobt.

Dem Rückgang der Hilfe entspricht leider keine Abnahme der Bedürftigkeit oder gar das Anlaufen selbsttragender Entwicklungsprozesse, im Gegenteil. Es fehlen Mittel für die Familienplanung zu einer Zeit, da die größte Generation in der Geschichte der Menschheit ins fortpflanzungsfähige Alter eintritt. Es fehlen Mittel für die medizinische Versorgung, für Seuchenverhütung und -bekämpfung. Der (global gesehen) Raubbau an den natürlichen Quellen (Trinkwasserreservoirs, Urwälder) beruht (lokal gesehen) überwiegend auf Bevölkerungswachstum und Existenznot.

Die derzeit geleistete Entwicklungshilfe insgesamt ist nicht geeignet, Entwicklungen wirksam zu bremsen oder gar umzukehren, die zu einer wachsenden Bedrohung aller Lebensräume führen. Die (lokal gesehen) großen wirtschaftlichen Probleme der Industrieländer (die global gesehen so klein sind) vergrößern mit gewaltiger Hebelwirkung die Probleme der Menschheit: Das ist eine Weltinnenpolitik nach dem Motto »die Letzten beißen die Hunde«. Die Letzten, das sind heute die Bevölkerungen der Entwicklungsländer, morgen schon die Erben dieser Politik weltweit. Der Leitbegriff der aktuellen Diskussion ist nicht umsonst »Nachhaltigkeit«.

Kinderarbeit

Blinde Entrüstung

Der Begriff »Kinderarbeit« läßt dazu ein, die Sache, die er bezeichnet, zu verpönen. Aus der Welt geschafft ist sie damit noch nicht, ja, sie ist noch nicht einmal deutlich umrissen. Grob unterscheiden lassen sich dabei folgende Bereiche: gewerbsmäßig geleistete Arbeit von Kindern im Alter zwischen 5 und 14 Jahren, die Aufnahme von noch nicht 18jährigen ins Militär (sogenannte Kindersoldaten) und schließlich die kriminelle Betätigung bzw. Ausbeutung von Minderjährigen.

Kriminelle Handlungen sind definitionsgemäß verboten, benötigen also Konventionen nur insofern, als nationale Rechtssysteme unterschiedliche Regelungen enthalten. Gegen Kindersoldaten sind nicht einmal die USA zu gewinnen, geschweige denn räuberische Stämme in entlegenen Weltgegenden. Bleibt die Kinderarbeit im engeren Sinn, an der lediglich auszusetzen ist, daß sie eben von Kindern geleistet wird.

Kinderarbeit schadet den Kindern, insofern sie ihrer Chancen auf ein besseres Leben beraubt werden, wenn man davon absieht, daß die meisten ohne Arbeit nicht einmal die nackte Existenz sichern könnten. Sie verbieten zu wollen, entspricht dem Versuch, die hinter ihr stehende Not zu verbieten (»wenn sie kein Brot haben, sollen sie doch Kuchen essen«). Da Kinderarbeit billig ist und billige Produkte teurere von den Märkten verdrängen, gewinnen manche vollmundig vorgetragenen Forderungen einen unangenehmen Beigeschmack, zumal nach dem Scheitern der

Bemühungen, durch die Welthandelsorganisation eine entsprechende Sozialklausel durchzusetzen.

Die Verquickung ethischer Forderungen mit wirtschaftlichen Interessen zeigt sich auch darin, daß in den entwickelten Ländern (die sich vor allem für ein Verbot der Kinderarbeit einsetzen) ebenfalls solche Arbeit geleistet wird, sogar mit zunehmender Tendenz. Neben der traditionellen Mitarbeit in Familienbetrieben nimmt die Ausbeutung Minderjähriger in Scheinausbildungsverhältnissen angesichts der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit zu, ganz zu schweigen von kriminellen Machenschaften.

Am Ende des »Global March« mit Ziel auf die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Genf streiten Erwachsene um gesellschaftliche Normen und (unausgesprochen) um Wettbewerbsvorteile und sehen dabei über die Köpfe der Kinder hinweg, deren Not mit Verboten und Klauseln nicht beizukommen ist.

Deutschland

Konjunktur

Teils heiter, teils wolkig

Die Experten sind sich nicht einig, wie die Konjunkturentwicklung in Deutschland weitergeht. Zum einen bewerten sie die Folgen der Asien-Krise ganz unterschiedlich, zum andern machen sich die subjektiven Elemente der Beurteilung im Wahljahr besonders stark bemerkbar. Nimmt man an, daß die tatsächliche Entwicklung zwischen den Extremen der unterschiedlichen

Prognosen verlaufen wird, so ergibt sich, daß sich so viel überhaupt nicht ändert. Das BIP wird wohl um 2 bis 2,5 % zunehmen, die Wachstumsraten des Westens und des Ostens werden (auf unterschiedliche Basiswerte bezogen) einander angenähert, und die hohe Arbeitslosigkeit bleibt bestehen. Die unterschiedliche Beurteilung der Asien-Krise schließlich hat vor allem damit zu tun, daß Japan derzeit keine berechenbare Größe ist. Der Riese hält die Luft an, und die Welt wartet gespannt, wem er an die Brust schlagen wird: sich oder ändern.

EURO

Jobmaschine oder Jobkiller?

Die Neigung, Fehlentwicklungen auf die Macht des Schicksals zu schieben, statt sie den Verursachern zuzurechnen, führt dazu, daß schon jetzt ›der EURO‹ als potentieller Schuldiger aufgebaut wird. Jobmaschine oder Jobkiller? – das ist allerdings insofern keine Frage, als sich eine *Abnahme* der Arbeitslosigkeit selbstverständlich die Regierung zurechnen würde. Der EURO kann, so gesehen, also bestenfalls als neutral bewertet werden.

Was aber bedeutet die Einführung des EURO tatsächlich für den Arbeitsmarkt? Die komplizierten Zusammenhänge zwischen dem realen und dem nominalen Geschehen in der Wirtschaft werden übersichtlicher, insofern als das nominale Geschehen für die Teilnehmerländer vereinheitlicht wird. Das bedeutet, daß relative Vorteile im Kreis der Teilnehmer, die bisher mit dem Mittel der Einflußnahme auf die Devisenkurse realisiert wurden,

unmöglich werden. Ein Aufwertungsdruck auf die D-Mark zum Beispiel, wie er in der Vergangenheit der deutschen Wirtschaft immer wieder zu schaffen gemacht hat, kann im dem Kreis der EWU-Länder nicht mehr entstehen. Hinzu kommt, daß die nominalen Größen transparent werden.

Was also bringt der EURO den Arbeitslosen? – das kann heute noch keiner mit Sicherheit sagen. In der Börsensprache ließe sich aus deutscher Sicht eine (einfache) Plus-Ankündigung (weniger Arbeitslosigkeit) vertreten, wenn nicht der Konvergenzprozeß weitere Sparmaßnahmen erforderlich machte: Gespart wird neuerdings am liebsten in der Form der »Gegenfinanzierung«: der Abbau der Neuverschuldung zum Beispiel wird durch Steuererhöhungen gegenfinanziert. Eine weitere Belastung der Wirtschaft, die auch relativ zu den übrigen EWU-Mitgliedstaaten möglich bleibt, könnte die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verschlimmern. Dieses Risiko hat allerdings ein ehrwürdiges Alter, mit dem EURO an sich hat es nicht viel zu tun. Nein, nicht der EURO: die Politik ist das Schicksal – auch in der EWU.

Wieviel wird er wert sein?

Der Anfangswert des EURO wird nach dem selben Verfahren bestimmt wie bisher der Wert der ECU, das heißt mit Hilfe einer Gleichung mit 13 Unbekannten. Die 13 sind die 12 Währungen, die den ECU-Korb bilden, dazu der Dollar als internationale Leitwährung.

Die 12 Einzelwährungen werden in Relation zum Dollar gesetzt (Devisenkurse gegenüber dem Dollar). Die Gewichte der einzelnen Währungen im ECU-Korb werden durch diese Kurse dividiert. Die Summe dieser Quotienten ergibt den Wechselkurs des Dollar gegenüber der ECU. Das Produkt eines Devisenkurses, multipliziert mit dem Wechselkurs des Dollars gegenüber der ECU, ergibt den nationalen ECU-Kurs und, mit den Schlußkursen des Jahres 1998, entsprechend auch den ersten EURO-Kurs einer Teilnehmerwährung.

Pikanterweise sind 4 Unbekannte an der Wertbildung des EURO beteiligt, die in der EWU nicht vertreten sind: neben dem Dollar die Währungen Dänemarks, Griechenlands und Großbritanniens. Finnland und Österreich dagegen sind EWU-Teilnehmer, ohne daß ihre Währungen im ECU-Korb enthalten sind.

Die D-Mark und die anderen nationalen Währungen werden zum 1.1.1999 ihre Eigenständigkeit verlieren und bloße Denominationen des EURO als der alleinigen Währung sein. Die EWU-interne Relation des EURO gegenüber den in ihm vereinigten Landeswährungen wird gebildet über die Dollarkurse. Damit endet die Vorgeschichte und beginnt die Geschichte der neuen Währung an den internationalen Devisenmärkten mit Wirkung für alle EWU-Mitglieder.

IAS-Derivat

Internationale deutsche Rechnungslegung

Das Handelsgesetzbuch hat außerhalb Deutschlands keine Geltung, HGB-gerechte Jahresabschlüsse können international nicht interpretiert werden, und wer an ausländischen Börsen reüssieren will, muß sich bisher der Unbequemlichkeit zweier Abschlüsse unterwerfen. Das soll nun anders werden. Entsprechend den Regularien des International Accounting Standards Committee (IASC) sollen die IAS auf deutsche Verhältnisse angepaßt und danach sowohl national als auch international anerkannt werden (vor allem durch Börsenaufsichtsbehörden und Rechnungsprüfer).

Der Gesetzgeber hat mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) die Voraussetzung für die Arbeit eines privaten Gremiums geschaffen, das offenbar mit Blick über die Grenzen makkaronisierend »Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC)« getauft worden ist. Die bisher erarbeiteten Standards (IAS) sollen geprüft und nach Möglichkeit übernommen, darüber hinaus aber ergänzt werden in Bereichen, die bisher nicht detailliert worden sind (hierzu gehören insbesondere die Bewertung von Derivaten sowie die Besonderheiten der Rechnungslegung von Finanzdienstleistern).

Europäische Union

EU-Gipfeltreffen in Cardiff

Wir Nettozahler

Es fließt viel Geld in der Europäischen Union: von den Mitgliedstaaten in die zentralen Töpfe und daraus zurück in viele nationale und regionale Töpfchen, nicht wenig auch über die gemeinsamen Grenzen hinaus, ein Erkleckliches schließlich dient der Erhaltung des Apparates. Viel Geld soll auch weiterhin fließen. Wo viel ab- und wenig zurückfließt, soll es weniger werden (sagen die Nettozahler), wo wenig ab- und viel zurückfließt, soll alles mindestens so bleiben (sagen die Nettoempfänger). In die Beitrittsländer im Osten soll viel Geld fließen, jedoch möglichst ohne die Beitragszahlungen zu erhöhen oder die Geldströme in die südlichen Länder zu verringern.

Die regelmäßigen Gipfeltreffen der EU erinnern an die hohen Ziele, denen man sich mit großen Worten und spitzen Bleistiften nähert. Wem das Herz voll ist, dem fließt der Mund über, wem die Taschen leer sind, der hält sie auf. Die hohen Ziele (»ein geeintes Europa vom Atlantik bis zum Ural«) verdienen Respekt, die Worte sind in der Regel viel größer, als die Taten, die ihnen folgen. Der Streit um die Nettopositionen widerspricht sowohl den hohen Zielen als auch den großen Worten, er entbehrt sogar, rein statistisch gesehen, eines verlässlichen Fundaments. Allerdings offenbart er Mängel und Schwächen, über die nachzudenken sich durchaus lohnt, zwei Beispiele:

Von den deutschen Agrarsubventionen fließen über Brüssel etwa die Hälfte in die Taschen der deutschen Bauern – was stimmt hier nicht? Die Kanäle oder die Politik? Bei der Regionalförderung wird gestritten, ob ärmere Regionen schlechthin oder nur ärmere Regionen in ärmeren Ländern gefördert werden sollen. Hier berühren – aus deutscher Sicht – die Themen EU-Beitrag und Länderfinanzausgleich einander. Es geht um Solidarität und Subsidiarität – pardon, da sind sie wieder, die scheinbar so objektiven großen Worte, nein: es geht, wie stets, ums Geld.

Der Gipfel von Cardiff ließ alles beim alten: große Worte in Richtung Asien und Balkan, an die Kommission und die übrigen Mitglieder, nicht zuletzt auch an die Landsleute gerichtet, die aber ohnehin von der Gewißheit ausgehen, daß, ganz am Schluß und durch welche Kanäle auch immer, nicht weniger aus ihren Taschen heraus- und nicht mehr zurückfließt, daß, mit anderen Worten, *sie* die wahren Nettozahler sind.

EU-Standards

Kommunikationssysteme

Gemäß der alten Weisheit »gemeinsam sind wir stark« ist die EU sichtlich bestrebt, durch neue Standards für die ganze Union ein Gegengewicht zu den in diesem Markt übermächtigen Amerikanern zu bilden. Das reicht von der gemeinsam getragenen Forderung, am Domain- und Adreß-Management im Internet beteiligt zu werden über eine technisch und juristisch sichere digitale

Unterschrift bis hin zur Einführung eines neuen Standards für die Mobiltelefonie.

Man rüstet sich offenbar, um auf der OECD-Ministerkonferenz zum Thema *Electronic Commerce*, die im Oktober in Ottawa stattfinden soll, mehr als nur ein Wörtchen mitreden zu können, wenn das Rennen um die »Klick-Kundschaft« so richtig losgehen soll.

Angesichts der weiter zusammenwachsenden Kommunikationssysteme gehört der beschlossene Übergang vom GSM- zum UMTS-Standard (Start: 2002) ebenfalls zum Thema. Der gemeinsame Beschluß soll den Funknetzbetreibern die nötige Sicherheit geben, damit die mobilen Multimediadienste von Anfang an mindestens europaweit auch grenzüberschreitend verfügbar sind.

Auch im eigenen europäischen Haus sollen die neuen Techniken genutzt werden. So wird derzeit überlegt, ob die umständliche öffentliche Auftragsvergabe durch eMail und Internet-Veröffentlichungen nicht schneller und transparenter gemacht werden kann. Zunächst soll geprüft werden, ob europäische Ausschreibungen auf diese Weise zeitnah und weltweit publiziert werden können. Die Standardisierung der nationalen Auftragsverfahren dagegen kommt nicht voran: Transparenz unerwünscht?

Wettbewerbspolitik

Gelobt, nicht geliebt

Seitdem selbst die *russische* und die *chinesische* Volkswirtschaft als solche gelten, braucht das System der Marktwirtschaft eigentlich

keine Fürsprecher mehr. In abgeschwächter Form wird deshalb allenfalls »mehr Markt« gefordert – vorzugsweise von jenen, die sich Vorteile davon versprechen, zum Beispiel von privaten Telefongesellschaften gegen nachwirkende Privilegien einstiger Monopolunternehmen oder von Steuerzahlern gegen den Fiskus.

Mehr Markt heißt mehr Wettbewerb. Je höher die Warte, von der aus das wirtschaftliche Geschehen beurteilt wird, desto stärker das Eintreten für einen funktionierenden Wettbewerb. Das gilt auch umgekehrt. Eigennutz und Gemeinnutz sind natürliche Feinde voneinander. Die klassische Aussage, dem gemeinen Wohl werde am besten dadurch gedient, daß jeder das eigene Wohl zu mehren strebe, gehört in die Kicherecke der Wissenschaftsgeschichte: das kommt davon, wenn man Modelle zimmert und sie am Ende mit der Realität verwechselt.

Die Wettbewerbshüter der EU werden immer wieder gelobt für ihr, an EU-Verhältnissen gemessen, konsequentes Eintreten für den Wettbewerb, besonders dann, wenn es um andere geht. Geliebt werden sie nicht. Für so manchen *global player* sind sie Verderber eines Spiels, das weltweit immer mehr Anhänger findet: der »Fusionitis«. Für die Verbraucher dagegen, die bekanntlich nie in den Genuß der Konsumentensouveränität gekommen sind, durch die marktwirtschaftliche Systeme in Lehrbüchern eigentlich erst konstituiert werden, bleibt die Hoffnung, wenigstens eine gewisse Konsumfreiheit zu bewahren.

Der Hinweis auf die Meßlatte soll daran erinnern, daß die Bezeichnung »Europäische Transferunion« ja nicht von ungefähr

kommt. Gegen Anpassungstransfers, die dazu dienen, benachteiligte Länder und Regionen wettbewerbsfähig zu machen, ist nichts, gegen Erhaltungstransfers allerdings ist einzuwenden, daß sie jedem Anhänger der Marktwirtschaft ein Greuel sind. Vielleicht sollten die europäischen Wettbewerbshüter anfangen, sich außer für Formen der *Marktbeherrschung* auch für *Marktordnungen* zu interessieren.

EU contra USA

Streit um Sanktionen beendet

Zwei Jahre lang schwelte der Streit über die Geltung amerikanischer Sanktionsgesetze, wie Helms-Burton und D'Amato, gegenüber Drittstaaten. Vehement wurde die europäische Ablehnung damit begründet, daß die amerikanische Haltung sowohl dem Völkerrecht als auch dem internationalen Handelsrecht widerspreche. Dieser Streit ist nun beigelegt: Die Sanktionsdrohungen gegen Unternehmen aus der EU sind formal aufgehoben, schwebende Verfahren wegen Verstößen werden eingestellt, zukünftig sollen amerikanische Ausnahmegenehmigungen möglich sein. Die Europäer haben sich im Gegenzug verpflichtet, die Ziele der amerikanischen Außenpolitik stärker zu unterstützen.

Diese Ziele waren durch die Gesetze instrumentalisiert worden. Die Instrumente stellten einen als unzulässig angesehenen Zwang dar. Der als solcher abgelehnte Zwang wurde dem Begriffe nach vernichtet, indem diese Ziele nun freiwillig unterstützt werden. Die vielgenannte transatlantische Wirtschaftspartner-

schaft hätte eine Verständigung über außenpolitische Ziele wohl auch zugelassen, ohne daß es der Grimasse des »häßlichen Amerikaners« bedurft hätte. Ein Sieg der EU ist gleichwohl nicht daraus geworden, lediglich ein Sieg der Gesittung über die Gewalt. Die Gesetze selber gelten weiter, inzwischen ist ein weiteres hinzugekommen, das gegen den Iran und Libyen gerichtet ist, genauer gesagt, gegen Investitionen im Energiesektor: Der Kompromiß zeugt von einer Klugheit, die außerhalb der politischen Sphäre anders genannt wird.

Europäischer Sozialfonds

Geld für Beschäftigungsförderung

Die Arbeitslosigkeit bleibt ein Problem, das im Prinzip jeder Mitgliedstaat für sich lösen muß, aber der Europäische Sozialfonds (ESF) verfügt über reichlich bemessene Mittel zur Finanzierung ergänzender Maßnahmen. 70 Mrd. Ecu (knapp 140 Mrd. DM) können in den Jahren 2000 – 2006 abgerufen werden. Nach Aufgabenstellung und Selbstverständnis handelt es sich bei diesen Mitteln um ein wirtschafts-, nicht um ein sozialpolitisches Instrument, um Hilfen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, nicht direkt um Entlastungen der Sozialsysteme.

Die Wirtschaft ist aufgefordert, Mittel zu beantragen für bilaterale Projekte (»voneinander lernen« im Sinne der *best practice*-Übertragung), für Qualifikations- und Aufstiegsweiterbildung, für Modellprojekte aller Art. Die Wirtschaft tut sich schwer im Umgang mit dem ESF, der von den nationalen Arbeitsministerien

verwaltet wird. Es kann sich aber durchaus lohnen, in Überlegungen, die zu arbeitsplatzsichernden und -schaffenden Maßnahmen führen, den ESF als Finanzierungsquelle einzubeziehen.

Direktinvestitionen

40 Prozent in die USA

472 Mrd. Ecu insgesamt waren die europäischen Direktinvestitionen in Drittstaaten 1997 wert, 367 Mrd. die empfangenen. Mit 207 Mrd. Ecu entfielen mehr als 40 % auf die USA, aus der 188 Mrd. zurückflossen. Der höchste Negativsaldo (Überschuß der geleisteten über die empfangenen Investitionen) wurde im Verhältnis zur Schweiz erzielt (27 Mrd.), der zweithöchste gegenüber Japan mit 17 Mrd. Ecu.

Amerika

USA

Wolken von Westen

Die heimischen und die ausländischen Investoren profitieren von den Standortqualitäten der USA. Das aktuelle Bild der Lage ist rosig (gerade wurde das saisonbereinigte Wachstum für das erste Quartal des laufenden Jahres auf 5,4 % nach oben korrigiert) bis »altrosa« (die Jahresrate wird wohl deutlich darunter liegen). Es wird noch dazu überglänzt von den Visionen zweier großer Freihandelszonen, der panamerikanischen und der asiatisch-

pazifischen, die beide die USA (als »Gelenk«) einschließen sollen. Mit fortschreitender Blockbildung müßten endlich auch die Handelsbilanzdefizite, die einzigen Flecken auf der Sonne, verschwinden.

Aus Asien aber kommen verstärkt negative Impulse. Die Asien-Krise kostet nicht nur Mittel für Finanzhilfen und Interventionen auf den internationalen Devisenmärkten, sie führt auch zu Nachfrageausfällen mit der Folge sinkender amerikanischer Exportchancen sowie zu Angebotsoffensiven der betroffenen Länder mit der Folge eines verstärkten Importsogs. Die Defizite, die schon bisher hauptsächlich aus dem Asienhandel stammen, könnten in diesem Jahr den Rekordwert von 200 Mrd. \$ erreichen, eine Finanzmasse, die den Dollar ins Trudeln bringen würde, wenn der Yen nicht so schwach wäre wie er tatsächlich ist.

Das von den Großmächten gelernte und von diesen (unter Führung der USA) mißbilligte politisch-militärische Verhalten der Entwicklungsländer Indien und Pakistan könnte zu einer beträchtlichen Ausweitung der Krise führen, wenn die wirtschaftlichen Sanktionen mehr als nur symbolische Auswirkungen haben sollten. Seit der Baht-Krise ist mehr ins Wanken geraten als ein Entwicklungstrend, sondern die Vorstellung *einer* Wirtschaft und *vieler* Nationen mit ganz unterschiedlichen Wertesystemen, Traditionen und auch Visionen der weiteren Entwicklung.

Brasilien

Auf den Busch geklopft

Die jüngsten Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage, im Juni in München, haben wieder einmal gezeigt, wie hoch die »grüne Mauer« ist, welche die Agrarmärkte in einer der am höchsten entwickelten Regionen der Weltwirtschaft vor dem Wettbewerb mit Schwellen- und Entwicklungsländern schützt. Deutschland kann zwar nicht isoliert reagieren, aber als das wirtschaftlich stärkste Mitglied der EU auch nicht einfach an die Adresse in Brüssel verweisen. Abhilfe schaffen soll das Liberalisierungsabkommen zwischen der EU und dem MERCOSUR. Allerdings fehlen dem Rahmenabkommen, das solche Verhandlungen überhaupt erst ermöglicht, noch einige Unterschriften.

Der MERCOSUR hat sich seinerseits die EU zum Vorbild genommen, grenzt sich ebenfalls gegenüber den Nicht-Mitgliedern ab und beurteilt die Außenbeziehungen nach dem Nutzen für seine Mitglieder. Speziell Brasilien hat es keineswegs eilig, eigene Positionen aufzugeben, um eine süd- oder gar panamerikanische Lösung zu beschleunigen. Das Treffen diene nicht zuletzt auch dazu, auf den Busch zu klopfen, also wechselseitig Möglichkeiten auszuloten, wie die Beziehungen zum beiderseitigen Nutzen entwickelt werden können.

Asien und Australien

Südostasien

Domino-Effekte

Die kleinen Tiger haben eine Lawine losgetreten. Die japanische Wirtschaft wurde offenbar im ungünstigsten Augenblick getroffen. Seither fällt der Yen immer weiter und ziehen sich die japanischen Banken aus der Region zurück ins Mutterland. Das wiederum trifft die angeschlagenen Staaten in Südostasien hart und verschlechtert die Bedingungen, unter denen die Krise bewältigt werden muß.

Die Yen-Schwäche wird in Japan offenbar bis zu einem gewissen Grad hingenommen, erhöht sie doch die Chancen der Exportwirtschaft, den wichtigsten Motor der schwachen japanischen Konjunktur. Der Yen zieht die kleineren Währung mit. Die Folge sind drastische Kursverluste gegenüber dem Dollar und Zinserhöhungen, die sich bremsend auf die noch investitionsbereiten Branchen auswirken. Nach Berechnungen der Weltbank sind 115 Mrd. \$ aus der Krisenregion abgezogen worden – weit mehr, als die Weltfinanzinstitute dorthin fließen lassen können.

Der schwache Yen belastet die chinesischen Anstrengungen, den Renminbi Yuan und den Hongkong-Dollar stabil zu halten. Auch China kennt als wesentliches Stärkungsmittel den Export – in die USA. Japan und China verursachten aber schon vor der Krise die höchsten bilateralen Defizite im amerikanischen Außenhandel. Die Verschleppung von Fortschritten in den Verhand-

lungen über einen chinesischen WTO-Beitritt sind auch nicht gerade dazu angetan, die Handelsbeziehungen zu entschärfen.

Dabei lasten die Folgen der Asien-Krise schwer genug auf den betroffenen Ländern. Die Hilfen des IWF sind wie üblich an Auflagen geknüpft, die einschneidende Veränderungen nötig machen, nicht nur im Finanzsektor, sondern vor allem im Grundgewebe der Gesellschaften: Rechtsreformen sind nötig, Privatisierungen, Kampf gegen Korruption und Nepotismus. Wo sie die Produktivkräfte selber beeinträchtigen, sollten die IWF-Remeduren allerdings überdacht werden.

Da, wie stets, die Armen zuerst betroffen werden, sind in vielen Regionen soziale Unruhen ausgebrochen. Immer mehr Menschen geraten in Existenznot, können ihre Kinder nicht mehr ernähren oder gar auf Schulen schicken. Kinderarbeit nimmt zu, die Erfolge von Alphabetisierungsprogrammen vieler Jahre werden zunichte gemacht. Medizin, zu Dollar-Preisen importiert, ist unbezahlbar geworden. Seuchen drohen, El Niño vernichtet Ernten, und die Not belebt auch alte Feindbilder wieder.

China

Es knistert

Die Asien-Krise läßt das Riesenreich nicht unberührt, zumal die inneren Probleme groß genug sind, um mit aller Kraft angegangen zu werden. Eine wesentliche Quelle für den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt im Land stellen die ausländischen Direktinvestitionen dar, die weit überwiegend aus den asiati-

schen Nachbarländern stammen und nun, im Zuge der Krise, deutlich nachlassen.

Der feste Renminbi Yuan sowie der an den US-Dollar gebundene Hongkong-Dollar schwächen durch ihren (der Abwertung der anderen Währungen reziproken) Aufwertungseffekt die chinesische Handelsposition im asiatischen Raum. Die Überbewertung des Renminbi Yuan wird auf 10-15 %, diejenige des Hongkong-Dollar auf 25 % geschätzt. Als Ventil dienen einmal mehr die USA. Die aber wehren sich vehement, um das hohe Außenhandelsdefizit nicht noch zu vergrößern. Die bisherige »stolze« Position dürfte kaum noch lange durchzuhalten sein.

Die »kapitalistische« Krise stärkt zugleich die Position der Bewahrer des chinesischen Sozialismus gegenüber den reformerischen Kräften. Die Verschleppung der WTO-Verhandlungen hat sicherlich neben taktischen auch eine strategische Komponente: Man will sich offenbar nicht allzu schnell öffnen in einem nicht umkehrbaren Prozeß. Diese Haltung belastet auch die Beziehungen zur EU: China wirbt beständig um Investoren, verschließt sich aber weitgehend den Forderungen nach wirksamem Investitionsschutz und Öffnung der Grenzen.

Die Propaganda scheint derweil ihren Zugriff auf die offiziellen Statistiken etwas zu lockern. Die früher konstant mit 3 % angegebene Arbeitslosigkeit in den städtischen Regionen wird jetzt auf 12 Millionen Menschen beziffert. Schätzungen gehen allerdings von 20-30 Mio. aus – gegenüber rund 160 Mio. Beschäftigten. Nicht gerechnet sind die Arbeitslosen unter den Wander-

arbeitern (ein Heer von 120 Mio.). Erst recht nicht gerechnet sind die 200 Mio. potentiell Landflüchtigen.

Da die Fortschritte im Innern nur durch Schließung maroder Staatsbetriebe möglich sind, muß mit einer Ausweitung der Strukturkrise gerechnet werden. In der staatlichen Finanzwirtschaft wird inzwischen gründlich aufgeräumt. Flankierend dazu, werden in jüngsten Verlautbarungen private Unternehmen in China offiziell als wesentlicher Bestandteil der Wirtschaft angesehen (und nicht länger als geduldeter Fremdkörper).

Japan

Auslauf-Modell?

Der Wettlauf der Wirtschaftssysteme ist entschieden, der Wettlauf der Standortvarietäten marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnungen ist in vollem Gang – mit offenem Ausgang. Das amerikanische Modell der freien Marktwirtschaft steht zur Zeit glänzend da, das europäische Modell der sozialen Marktwirtschaft ist in eine Strukturkrise geraten, das japanische Modell, das gelegentlich »Kartellkapitalismus« genannt wird, scheint sich in einer Identitätskrise zu befinden. Sicher ist aber: ohne einander können die wirtschaftlichen Großmächte allesamt nicht, deshalb ist guter Rat derzeit überall wohlfeil zu haben.

Ein ruhiger Umbau von Strukturen, die nicht mehr zeitgemäß sind, ist nicht möglich – angesichts drängender akuter Probleme: im eigenen Land (das BIP schrumpft erstmals seit 23 Jahren), im krisengeschüttelten Asien, das nach japanischer Hilfe verlangt,

und mit den verärgerten USA, die ihr Handelsbilanzdefizit eher wachsen als schrumpfen sehen. Die vorsichtige Öffnung weiterer Märkte soll wohl nicht zuletzt jenseits des Pazifik beschwichtigend wirken.

Der Yen-Verfall gegenüber dem Dollar (um 80 % in den vergangenen drei Jahren) hat dazu geführt, daß Unternehmen und sogar Private Dollar-Positionen aufbauen und diese international, aber auch national einsetzen. Ein entsprechendes Gesetz zur Liberalisierung des Zahlungsverkehrs in fremden Währungen ist seit April in Kraft. Vorteile sind höhere Zinsen auf Guthaben, Wegfall von Transferkosten und Kursrisiken.

Das Vertrauen in den eigenen Bankensektor ist bei nahezu Null angekommen. Guthaben werden vorzugsweise im Ausland oder in kleinen privaten Tresoren gehalten, weil selbst bei sicherer Anlage die Renditen nicht wesentlich über Null sind. Als letzter Ausweg, mit staatlichen Mitteln eine Lösung zu finden, soll eine Überbrückungsbank gegründet werden, die dubiose Bankenforderungen aufkaufen und den Banken auf diese Weise neues Vertrauen verschaffen soll (freilich auf Kosten der Steuerzahler, das heißt durch nachträgliche Sozialisierung von Verlusten).

Die staatlichen Programme zielen ansonsten überwiegend auf »Bewährtes«, insbesondere die Innovationsförderung (die Anführungsstriche sollen daran erinnern, daß *permanente* Förderung den Nachteil hat, Initiative zu lähmen), ergänzt um die Förde-

rung des Umfeldes und der sanften Lenkung junger Menschen in die entsprechenden Berufsfelder.

Der »Japan-Konzern« mit staatlicher Führung, dessen Feld die Welt ist, bei wohlverteidigten Binnenmärkten, scheint *als Modell* zu versagen (was die Asien-Krise psychologisch verschärft). Dafür sprechen jedenfalls die politischen Turbulenzen, die gar nichts mehr von der alten Schutz- und Trutzgemeinschaft hinter der Mauer des Lächelns erkennen lassen.

Europa

Frankreich

Komfortabel in die nächste Zukunft

Der sanfte Aufschwung der Vergangenheit (1,2 % Wachstum im Jahr 1996, 2,3 % im vergangenen Jahr) wird stärker, der Investitionsmotor ist angesprungen (mit den bekannten Akzeleratoreffekten), der Außenhandelsüberschuß von umgerechnet 52 Mrd. DM ist erfreulich hoch. Das Budgetdefizit hat, wie bei einer Nachrechnung festgestellt wurde, tatsächlich bei 3 % gelegen und soll, dem Konvergenzgebot entsprechend, weiter abgebaut werden. Im Vergleich zum Durchschnitt der OECD-Staaten ist Frankreich somit für die nächsten Jahre in eine komfortable Entwicklungsbahn eingeschwenkt.

Griechenland

EYPΩ 2001

Die neuen Geldscheine tragen neben dem lateinischen bereits den griechischen Namenszug für die Gemeinschaftswährung, Griechenland wird zwar nicht von Anfang an dabei sein, hat aber den festen Willen, es im Jahr 2001 zu schaffen. Die vorbereitende Stabilitäts- und Konsolidierungspolitik zeigt Wirkung. Die Drachme ist dem Europäischen Währungssystem beigetreten und seitdem stabil, die Finanzmärkte strahlen Vertrauen aus. Die Inflation sank im Februar mit 4,1 % auf den niedrigsten Stand seit 25 Jahren, dürfte aber vorübergehend wieder leicht ansteigen, da dem EWS-Beitritt eine Abwertung vorausging, welche die Importwaren verteuert. Die von den Vorgängern sorglos aufgebauten gewaltigen Staatsschulden stellen das größte Problem auf dem Weg in die EWU dar.

Mittel- und Osteuropa

Bildung tut not

Der schwierige Transformationsprozeß findet unter Beobachtung von außen und unter Erfolgswang gegenüber den Geldgebern statt. Da besteht die Gefahr, daß Bildungsausgaben, deren Erfolge erst in vielen Jahren sichtbar werden können, reduziert werden – zugunsten von Investitionen, deren Früchte schneller reifen. Zu den Beobachtern dieses Prozesses gehört aber auch das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, UNICEF, und das schlug

kürzlich Alarm: Die Bildungsausgaben gehen auf breiter Front zurück, das Analphabetentum nimmt zu statt ab, und gute Schulbildung entwickelt sich zu einem Privileg der Reichen (solche Unterschiede haben zudem, trotz der offiziellen Gleichheitsideologie, eine lange Tradition). Von sozialen Aspekten abgesehen, benötigt der Transformationsprozeß zu seiner Nachhaltigkeit aber immer wieder qualifizierten Nachwuchs.

Ein Standardwerk neu vorgestellt

Der Veredelungsverkehr

Textausgabe mit Erläuterungen

Begründet von Theodor Schulz und Richard Zimmermann, fortgeführt von Klaus Peter Müller-Eiselt. Deutscher Wirtschaftsdienst, Köln. Loseblattwerk in 2 Ordnern. Ca. 2.300 Seiten. 198 DM (zur Fortsetzung). ISBN 3 87156 005 7.

Aus der Zeit, als Zölle auf den grenzüberschreitenden Warenverkehr noch eine große Bedeutung hatten, sei es zum Schutz der heimischen Wirtschaft, sei es zur Erzielung öffentlicher Einnahmen, stammt eine gewollte Lücke in den Schlagbäumen: die Veredelung. Darunter versteht man die zweimalige Grenzüberschreitung einer Ware, zuerst in rohem oder jedenfalls unfertigem Zustand, danach, in umgekehrter Richtung, bearbeitet, verbessert,

»veredelt« eben (dieser schöne, aus der Gärtnerei stammende Ausdruck ist bis heute erhalten geblieben). Wird eine Ware im Inland veredelt, spricht man von aktiver, umgekehrt von passiver Veredelung.

Heute gelten innerhalb der Europäischen Union einheitliche Zollvorschriften, die Zölle haben überdies nur noch eine durchschnittliche Höhe von 4 %, sind also recht unbedeutend geworden. Daraus darf man aber nicht schließen, daß ein Loseblattwerk zu diesem Thema ebenfalls unbedeutend geworden wäre – im Gegenteil.

Auf der einen Seite entsteht der niedrige Durchschnittswert aus zum Teil fehlenden, zum Teil aber beachtlich hohen Zollsätzen, zum andern kann die Teilnahme am Veredelungsverkehr unverächtliche Liquiditätsvorteile mit sich bringen, für die verfahrensrechtliche Feinheiten maßgeblich sind.

Am Bundesfinanzhof in München, dem der Autor als Richter und anerkannter Experte angehört, ist kein Nachlassen (lohnender) rechtlicher Auseinandersetzungen festzustellen. Die Erfahrungen, die Leitsätze, die Erklärungen und Kommentierungen fließen in das Werk ein und bereichern es in einzigartiger Weise. Gerade die erfolgreichen Ex- und Importeure setzen das Instrumentarium der Veredelung ein, nicht zuletzt, um ihre Bilanzen zu »veredeln«.

Erstdruck in: Außenwirtschaftsbrief 4/98. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, August 1998:
Deutscher Wirtschaftsdienst.